

Grundsatzpositionspapier Migration

Einleitung

Bei Migration handelt es sich um ein Thema, welches oft in den Medien und speziell in rechten Narrativen zu finden ist. Dabei wird oft mit Schlagwörtern wie «*Massenzuwanderung*» oder «*Flüchtlingswelle*» um sich geworfen, ohne dabei wirklich auf die Komplexität von Migrations- und Asylpolitik einzugehen. Jedoch sind die unzureichende Erklärung und Instrumentalisierung des Themas, welches über den Verlauf von Menschenleben entscheidet, gefährlich und es muss verantwortungsvoll damit umgegangen werden.

Definition Migration/ Asylpolitik

Migration an sich beschreibt nur den Wohnsitzwechsel, oft zwischen mehreren Ländern. Meist wird der Begriff jedoch im Kontext mit flüchtenden Menschen verwendet. Der Unterschied liegt in der Situation im Heimatland, denn der Begriff *Flüchtling* beschreibt Menschen welche nicht zurückkehren, ohne um ihr Leben zu fürchten.

Hier kommt dann der Begriff «Asylsuchende» ins Spiel. Er beschreibt Menschen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten und in einem anderen Land «Asyl» – Schutz suchen (¹Amnesty International, 2024). Dabei fordern sie simple Menschenrechte, wie sich in einem sicheren Land niederlassen zu dürfen, dort ein Leben aufzubauen und zu arbeiten – sprich sich eine Lebensgrundlage aufbauen zu dürfen, dass ihre Identität dabei akzeptiert und sie mit Respekt behandelt werden. Dabei ist der Fluchtgrund der entscheidende Faktor, im Asylprozess, welcher entscheidet ob den

Personenfreizügigkeit

Einen Asylantrag stellen, um in der Schweiz bleiben zu dürfen, müssen jedoch in Europa nur Menschen welche nicht aus EU/ EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) Mitgliedstaaten kommen. Denn jene dürfen sich in diesem sogenannten Schengen Raum, zu dem auch die Schweiz gehört, grösstenteils frei bewegen (Personenfreizügigkeit) (²SEM, 2023). Die Migration (den Wohnsitzwechsel) für Menschen aus anderen Ländern, sogenannten Drittstaaten gestaltet sich dies um ein Vielfaches schwieriger, so existieren jährliche Kontingente, welche bestimmen, wie viele Personen aus Drittstaaten aufgenommen werden dürfen (³Bundesrat, 2024).

Dabei werden Menschenleben und deren Zukunft in Zahlen zusammengefasst und somit entmenschlicht, lediglich der Zufall entscheidet, ob eine Person «noch Platz hat».

Wir fordern:

- Abschaffung aller Kontingente
- Aufnahme von mehr Personen von der Europäischen Aussengrenze
- Gleichberechtigung von Menschen aus EU/ EFTA Staaten und Menschen aus Drittstaaten
- Offenen Grenzen für alle

Genfer Flüchtlingskonvention

Die *Genfer Flüchtlingskonvention* von 1951 bildet die Grundlage für die Anerkennung von Flüchtenden und Fluchtgründen. So schützt sie nur Menschen, welche aufgrund der Furcht vor Verfolgung, wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder politischer Meinung (⁴UNHCR, 1954.). Problematisch ist jedoch, dass weder Klima, Krieg oder Diskriminierung, aufgrund sexueller Identität oder Orientierung, darin als Fluchtgründe anerkannt sind.

So werden täglich LGBTQIA* Personen in vielen Ländern Opfer von Gewalt und Diskriminierung. Einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen zwei Menschen vom gleichen Geschlecht stehen in 70 Ländern unter Strafe, in 6 Ländern gilt sogar die Todesstrafe (⁵Queeramensty, 2017).

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hält daran fest, dass queere Menschen der Verfolgung entkommen können, indem sie einen «diskreten» Lebensstil pflegen würden. Somit sollen sie ihre queere Identität verstecken, um in ihrem Herkunftsland bleiben zu können (⁶Schweizerische Flüchtlingshilfe, 2024).

Die untragbaren Verhältnisse in den Herkunftsländern sowie die Forderung, einen Teil ihrer Identität zu verstecken, um in einem queerfeindlichen und gefährlichen Land zu leben und von Menschenrechten zu profitieren, verurteilen wir zutiefst. Diese queerfeindliche Politik ist untragbar.

Zukunft/ Klimaflüchtlinge

Im Mai 2024 sind laut der UNO-Flüchtlingshilfe 120 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie zuvor, die Tendenz ist dabei steigend. (⁷UNO Flüchtlingshilfe, 2024)

Dies ist nebst anhaltenden internationalen Konflikten auch auf den fortschreitenden Klimawandel zurückzuführen. Extreme Wetterereignisse, oft in bereits von gewalttätigen Konflikten betroffenen Ländern, wie Dürren, Überschwemmungen und extreme Hitze, tragen zu steigenden Flüchtlingszahlen bei. Solche Extremereignisse werden in Zukunft weiter zunehmen. Regionen, wo die Folgen des Klimawandels jetzt schon spürbar sind, werden am stärksten betroffen sein. Doch dies sind gleichzeitig dieselben Regionen, wo die meisten Flüchtenden leben (⁸UNO Flüchtlingshilfe, 2024).

Folglich fordert die JUSO Schwyz:

- Die Bekämpfung von Fluchtursachen, konkret die Verantwortung von (Schweizer) Konzernen im sogenannten Globalen Süden welche eine Mitverantwortung tragen
- Die Anerkennung einer Mitverantwortung in der globalen *Flüchtlingsskriese*.
- Eine grundlegende Überarbeitung der Genfer Flüchtlingskonvention, welche eine Erweiterung von Fluchtursachen auf Klima, Krieg oder Diskriminierung aufgrund sexueller Identität oder Orientierung enthält.

Zustände/ Behandlung/ Europäische Aussengrenzen

An den Europäischen Aussengrenzen, so weit weg, dass wir in der Schweiz wenig davon mitbekommen, erleben Menschen auf der Flucht Udenkbares. So werden sie mehr oder weniger aktiv davon abgehalten Europa zu betreten. Auch vor brutalen und menschenrechtswidrigen Pushbacks beispielsweise in Griechenland, Kroatien oder Spanien wird kein Halt gemacht (⁹ECCHR, 2024).

«Pushbacks sind staatliche Maßnahmen, bei denen flüchtende und migrierende Menschen – meist unmittelbar nach Grenzübertritt – zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen oder deren Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen.» (⁹ECCHR, 2024)

Flüchtende leben in menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingscamps, wo sie über willkürliche Zeiträume platziert werden, in mehr als dürftigen Bedingungen (¹⁰UNHCR, 2024).

Dabei sind Frauen* Personen auf der Flucht sind dabei besonders gefährdet. Sie leben in konstanter Furcht und Unsicherheit. Denn sie sind täglich der Gefahr von körperlichen, verbalen oder sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Auch schwangere Frauen und ihre Kinder leiden unter menschenunwürdigen Bedingungen. (¹¹Amnesty International, 2018)

Es wird klar, dass das Ziel nicht ist, Personen mit Würde zu behandeln und auf ihre Bedürfnisse einzugehen, ihre Stimmen zu hören. Das Gegenteil ist der Fall, so werden Menschen von «Grenzschutzorganisationen» wie *Frontex* professionell abgewiesen und/oder zurückgedrängt. Ihre grundlegenden Menschenrechte werden klar missachtet. Auch die Schweiz trägt ihren Teil mit der Finanzierung dazu bei. Die Stimmbevölkerung stimmte 2022 sogar einer Mehrfinanzierung von 37 Millionen von *Frontex* zu (¹²Swissinfo, 2022). Zudem sprach der Bundesrat weitere 300 Millionen um die Abriegelung der Europäischen Aussengrenzen mitzufinanzieren (¹³WOZ, 2024)

Wir fordern:

- Die Auflösung der Grenzschutzorganisation Frontex und das Verbot Menschen davon abzuhalten die «Festung Europa» zu betreten
- Stopp der Mitfinanzierung von Grenzschutzorganisationen seitens der Schweiz
- Eine Entmilitarisierung der Europäischen Aussengrenzen
- Die Bemühung rechtlich und reale sichere Fluchtwege für alles zu schaffen

Dublin Verfahren

Mit dem sogenannten «Dublin Verfahren», können Asylsuchende in ein anderes europäisches Land zurückgeführt werden, welches dann für sie und ihren Asylantrag verantwortlich ist. Dabei überprüft das SEM, ob schon Verbindungen zu einem anderen Dublin-Staat bestehen. Dazu zählen beispielsweise bereits in einem anderen Staat registrierte Fingerabdrücke, frühere Visazuständigkeit sowie Familienangehörige in anderen Ländern. Trifft ein Grund zu, wird ein Übernahme Antrag gestellt (¹⁴Schweizerische Flüchtlingshilfe, 2024).

Die Schweiz profitiert dabei von ihrer geographisch zentralen Lage, denn grundsätzlich erreichen viele Asylsuchende Europa über den Seeweg, und werden somit grösstenteils in Ländern an den Europäischen Aussengrenzen registriert, welche somit für sie die Verantwortung tragen.

Die Schweiz macht sich dieses Prinzip gerne zu nutzen, sie ist das Land, welches die meisten Dublin-Überstellungen vorgenommen hat und immer noch vornimmt. Das ist insbesondere problematisch, wenn dabei besonders verletzte Menschen, wie psychisch oder physisch angeschlagene oder behinderte Menschen zurückgeschickt, sowie Familien getrennt werden (¹⁵Amnesty International, 2018).

Weiter ist es besorgniserregend, dass die Schweiz Menschen in Länder überführt, die wegen ihrer schlechten Aufnahmebedingungen oder wegen ihres schwierigen Zugangs zu Asylverfahren in der Kritik stehen, so zum Beispiel Griechenland, Ungarn oder Italien. Dabei kann der Schutz und die Gewährung der Menschenrechte von der Schweiz nicht gewährleistet werden, obwohl es möglich wäre, dass die Schweiz aus humanitären Gründen die Asylanträge selber bearbeitet (¹⁶Amnesty International, 2017).

Dabei handelt es sich um Verstösse gegen das Non-refoulement Prinzip, welches «die Auslieferung, Ausweisung oder Rückschiebung einer Person in ein anderes Land verbietet, falls ernsthafte Gründe für die Annahme vorliegen, dass für die betreffende Person im Zielland ein ernsthaftes Risiko von Folter bzw. unmenschlicher Behandlung oder einer anderen sehr schweren Menschenrechtsverletzung besteht» (¹⁷humanrights.ch, 2013)

Schweizer Parlament

Weiter wurden Verschärfungen des Asylrechts vom Parlament beantragt. So wurde beispielsweise ein Vorstoss der Schwyzer Ständerätin Petra Gössi (FDP), welcher die Ausschaffung abgewiesener Asylsuchender in ein afrikanisches Drittland – Ruanda fordert, gutgeheissen.

Diese willkürliche Praxis verstösst gegen das Völkerrecht und ist vollkommen inakzeptabel.

Auch SP Bundesrat Beat Jans spricht sich für eine repressive Migrationspolitik aus. So will er das sogenannte 24h Verfahren einführen, das dazu führt, dass Menschen möglichst schnell abgeschoben werden können. Diese Verfahren sind höchst problematisch und bergen ein hohes Potential für Fehler aufgrund fehlender Vergleichswerte und Diskriminierung (¹⁸JUSO Schweiz, 2024)

Wir fordern:

- Sofortiger Stopp von Ausschaffungen in Länder, welche die Menschenrechte nicht garantieren können
- Stopp der Ausschaffungen von verletzlichen Menschen und der Trennung von Familien.
- Massiver Anstieg der finanziellen Unterstützung für Flüchtenden in der Schweiz, dass diese in der Schweiz untergebracht werden können und ihre Menschenrechte und gute Betreuung garantiert werden können
- Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse, den Willen und die Rechte von Flüchtenden und Asylsuchenden.
- Finanzieller Ausgleich von Ländern, welche viele Flüchtlinge aufnehmen und denen die wenig aufnehmen
- Klares Verbot von Abschiebungen nach Ruanda
- Rücknahme und Verbot von 24h Verfahren

Zustände Bundesasylzentren Schweiz

Auch in Bundesasylzentren in der Schweiz, wo Asylsuchende auf einen Asylentscheid warten - welche ihnen Schutz bieten sollen - sind die Zustände teilweise miserabel. Es gibt Berichte – darunter auch Kinder - von willkürlichen Misshandlungen und schweren Missbrauch seitens des Sicherheitspersonals. Auch Vorurteile aufgrund des Herkunftsorts und Rassismus sind verbreitet. Viele derzeit in Asylzentren herrschende Regeln, basieren auf falschen Annahmen und Stereotypen, dass die dort lebenden Menschen potentiell gewalttätig und gefährlich seien. Weiter ist auch der Zugang zu Justizverfahren, um Vorfälle zu melden, unklar (¹⁹Amnesty International, 2021).

Diese klaren Menschenrechtsverstösse sind untragbar, dürfen nicht weiter vorkommen und müssen dringend verhindert werden. Hilfsmechanismen müssen klar kommuniziert und für die Bewohner*innen zugänglich gemacht werden.

Wir fordern:

- Die Verbesserung der Situation im Schweizer Asylwesen: u.a. kostenlose Bildungsangebote, genügend geschultes Personal in den Asylzentren und der verbesserte Schutz von FLINTA-Personen in den Asylunterkünften.

- Menschenrechte einzuhalten muss zur Priorität in Bundesasylzentren gemacht werden.
- Massnahmen um Retraumatisierung der Bewohner*innen zu verhindern, müssen implementiert werden.
- Missbrauch durch Sicherheitspersonal muss verhindert werden können.
- Regelmässige und umfangreiche Überprüfung der Zustände in Bundesasylzentren

Arbeitsmarkt

Weiter existieren auch viele Vorurteile und Fehlannahmen gegenüber Asylsuchenden Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Oft wird ihnen vorgeworfen, dass sie nur in der Schweiz seien, um vom System zu profitieren und nicht für ihr Geld zu arbeiten.

Abgesehen davon, dass es mit unterschiedlichen Aufenthaltsbewilligungen nicht erlaubt oder enorm schwierig ist, Arbeit zu finden, werden die Bereitschaft eingestellt und die Chancen auf Arbeit werden durch ein solch negatives Bild nur weiter vermindert.

Es kommt zu prekären Arbeitsverträgen, wodurch die Arbeitenden einfach entlassen werden können oder rechtlich nicht ausreichend geschützt sind (²⁰Swissinfo, 2023). Dies erschwert die Situation für flüchtende Menschen abermals.

Entgegengesetzt ist das Argument, dass Ausländer*innen Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen, während diese in Sektoren arbeiten, welche systemrelevant jedoch aufgrund der schlechteren Arbeitsbedingungen gesellschaftlich nicht angesehen und unbeliebt sind, kritisch zu betrachten.

Die Arbeit von ca. 1.8 Millionen ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz, darunter über 20% aus Drittstaaten, macht einen nicht vernachlässigbaren Teil unserer Wirtschaft aus (²¹BFS, 2024).

Wichtig zu erwähnen sind hierbei Frauen* Personen, welche oft in informellen und ungeschützten Niedriglohnsektoren arbeiten, dazu zählen beispielsweise: Care Arbeit, Sexarbeit oder die Reinigungsbranche. Somit sind sie besonders verletzlich Opfer von Ausbeutung zu werden (²²FIZ, 2021).

Wir fordern:

- Die Möglichkeit mit jedem Aufenthaltsstatus zu arbeiten – eine universelle Arbeitsbewilligung
- Gesetzlicher und sozialer Schutz vor Ausbeutung für asylsuchende und migrantische Arbeitnehmende
- Zwingenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen, verbunden mit ausreichender Bezahlung
- Gesellschaftliche Anerkennung für die wichtige (Care) Arbeit, welche von Migrant*innen und Flüchtenden erfüllt wird.
- Abschaffung aller beruflicher Auflagen für Migrant*innen
- Zugang von Migrant*innen zu Universitäten und anderen Bildungsinstitutionen
- Erleichterung und Vereinheitlichung der Kriterien für Einbürgerung (Demokratie-Initiative)
- Staatliche Finanzierung von Landessprachkursen
- Systematische Erfassung von vor der Flucht ausgeführter Arbeit
- Keine Diskriminierung aufgrund Herkunft/ Rassismus am Arbeitsplatz
- Chancengleichheit und Aufenthaltssicherheit von Menschen ohne Schweizer Pass

Bezug Schwyz/ BAZ

Auch im konservativen Kanton Schwyz herrschen viele Vorurteile, welche die Inklusion von Migrant*innen und Flüchtenden in die Arbeitswelt und die Gesellschaft erschweren. Diese Abwehrhaltung wurde durch die Ankündigung des Baus eines Bundesasylzentrums in der Gemeinde Arth, und die damit einhergehenden Bemühungen diese als Gefahr für die einheimische Bevölkerung darzustellen seitens SVP und des Aktionsbündnis Urkantone, nur verstärkt.

So lenkte die menschenfeindliche Stimmungs- und Angstmacherei auch die Aufmerksamkeit der rechtsextremen Gruppierung «Junge Tat» auf sich. Zudem wurde die Forderung nach dem aus rechtspopulistischen Kreisen stammenden Begriff «Remigration», welche die massenhafte Ausschaffung von Menschen mit Migrationshintergrund fordert, vermehrt laut (²³JUSO Schwyz, 2024).

Solche Aussagen und Forderung erachtet die JUSO Kanton Schwyz für höchst problematisch und verurteilt sie zutiefst. Aus diesen Gründen wurde eine Petition, welche vom Regierungsrat einen Massnahmenplan gegen Rechtsextremismus und Rassismus fordert, lanciert. Die Untätigkeit bei derart problematischen und menschenfeindlichen Aussagen und Aktionen verurteilt die Juso Schwyz zutiefst.

Wir fordern:

- Eine klare und unmissverständliche Distanzierung von faschistischen und rechtsextremen Narrativen und Aktionen, seitens Kantons und Regierung.
- Eine klare und unmissverständliche Distanzierung von der Jungen Tat.
- Umsetzung des Massnahmenplans gegen Rechtsextremismus und Rassismus:
 - **Bildung und Bewusstsein:** Förderung von Bildungsprogrammen und Lehrplänen, die über Rassismus, Vorurteile und die Geschichte von Diskriminierung aufklären.
 - **Unterstützung für Betroffene:** Bereitstellung von Ressourcen und Unterstützungsdiensten für Opfer rassistischer Übergriffe und rechtsextremer Gewalt.
 - **Förderung von Vielfalt und Integration:** Förderung von Programmen und Initiativen, die die Vielfalt fördern und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft erleichtern.
 - **Überwachung und Prävention:** Verbesserung der Überwachung rechtsextremer Gruppierungen und Aktivitäten

Fazit

Es wird klar, dass es sich bei der Migrations- und Asylpolitik um ein komplexes und vielschichtiges Thema handelt. Diese Wichtigkeit geht durch die systematische Vereinfachung und Instrumentalisierung verloren. Dies gilt es zu verhindern, denn die realen Folgen für Menschen, ihre Familien und ihre Leben sind verheerend.

Wir setzen uns gegen eine restriktive und für eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik, mit den betroffenen Migrant*innen und Asylsuchenden und ihren Bedürfnissen und Erfahrungen im Zentrum ein. Weiter müssen Fluchtursachen bekämpft und

sichere Fluchtwege geschaffen werden. Wir stehen für eine vollständige Inklusion auf allen Ebenen, unter anderem auf dem Arbeitsmarkt ein.

Es ist notwendig, weiter für eine konsequente Einhaltung von Menschenrechten zu kämpfen. Es ist unsere Pflicht uns im aktuellen politischen Klima uns klar gegen rechts und für (intentionale) Solidarität zu positionieren, um dabei konsequent Angriffe auf das Asylrecht abzuwehren.

Wir sprechen hier von Frauen, weil die Quellen das so tun, und in den Statistiken so erhoben wird. Es ist jedoch davon auszugehen, dass diese Aspekte auch FLINTA Personen im Generellen zutreffen

Quellen:

1. Amnesty International (2024). *Grundlagen und Begriffe*. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.ch/de/themen/asyl-und-migration/zahlen-fakten-und-hintergruende/grundlagen-und-begriffe>
2. Staatssekretariat für Migration SEM (2023). *Personenfreizügigkeit Schweiz – EU/EFTA*. Verfügbar unter: https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/fza_schweiz-eu-efta.html
3. Schweizer Bundesrat (2024). Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE). Verfügbar unter: <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/84911.pdf>
4. United Nations High Commissioner für Refugees UNHCR (1954). Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. Verfügbar unter: https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf
5. Queeramnesty (2017). Geflüchtete LGBTI- Menschen. Verfügbar unter: <https://queeramnesty.ch/wp-content/uploads/2019/11/Asyl-Broschure-Mobile.pdf>
<https://queeramnesty.ch/wp-content/uploads/2019/11/Asyl-Broschure-Mobile.pdf>
6. Schweizerische Flüchtlingshilfe (2024). *LGBTQI+-Personen im Asylverfahren*. Verfügbar unter: <https://www.fluechtlingshilfe.ch/themen/asyl-in-der-schweiz/personen-mit-besonderen-rechten/lgbtqi-personen-im-asylverfahren>
7. UNO Flüchtlingshilfe (2024). *Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht*. 12.09.2024. Verfügbar unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>
8. UNO Flüchtlingshilfe (2024). *Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht, Vertreibung und Klimawandel*. Verfügbar unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>
9. European Center for Constitutional and Human Rights ECCHR (2024). *Pushback*. Verfügbar unter: <https://www.ecchr.eu/glossar/push-back/>
10. UNHCR (2024). *Flüchtlingscamps & Alternative Unterkünfte*. Verfügbar unter: <https://www.unhcr.org/dach/ch-de/was-wir-tun/humanitaere-hilfe/fluechtlingscamps-alternative-unterkuenfte>

11. Amnesty International (2018). *Katastrophale Zustände im Flüchtlingscamps*. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/griechenland-katastrophale-zustaende-fluechtlingslagern>
12. Swissinfo (2022). *Schweiz stimmt der Aufstockung von Frontex zu*. Verfügbar unter: https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/resultate-abstimmung-frontex_schweiz-stimmt-der-aufstockung-von-frontex-zu/47590748
13. WOZ (2024). *Millionen fürs EU-Grenzregime: Bringts ein Referendum?* Verfügbar unter: <https://www.woz.ch/taeglich/2024/03/05/millionen-fuers-eu-grenzregime-bringts-ein-referendum>
14. Schweizerische Flüchtlingshilfe (2024). *Asylverfahren*. Verfügbar unter: <https://www.fluechtlingshilfe.ch/themen/asyl-in-der-schweiz/asylverfahren>
15. Amnesty International (2018). *Zehn Jahre Dublin-Verordnung: Zivilgesellschaft Läutet die Alarmglocken*. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/schweiz/dok/2018/zehn-jahre-dublin-verordnung-zivilgesellschaft-laeutet-die-alarmglocken>
16. Amnesty International (2017). *Die Schweiz und die Dublin-Verordnung*. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.ch/de/themen/asyl-und-migration/dok/2017/die-schweiz-und-die-dublin-verordnung>
17. humanrights.ch (2013). *Non-Refoulement Prinzip*. Verfügbar unter: <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/kuerze/freiheitsentzug-justiz/non-refoulement/>
18. JUSO Schweiz (2024). *Beat Jans' Asylpolitik Verrät Sozialdemokratische Werte: für ein Würdiges Leben für alle mit Perspektiven statt Abschiebungen!*. Verfügbar unter: <https://juso.ch/de/standpunkte/migration/beat-jans-asylpolitik-verrat-sozialdemokratische-werte-fur-ein-wuerdiges-leben-fur-alle-mit-perspek-tiven-statt-abschiebungen/>
19. Amnesty International (2021). *Amnesty Fordert Ende von Menschenrechtsverletzungen in Bundesasylzentren*. Verfügbar unter: <https://www.amnesty.ch/de/laender/europa-zentralasien/schweiz/dok/2021/amnesty-fordert-ende-von-menschenrechtsverletzungen-in-bundesasylzentren>
20. Swissinfo (2023). *Viele Geflüchtete finden in der Schweiz keine Arbeit*. Verfügbar unter: <https://www.swissinfo.ch/ger/wirtschaft/viele-gefluechtete-finden-in-der-schweiz-keine-arbeit/48365858>

21. Bundesamt für Statistik (2024). Ausländische Arbeitskräfte. Verfügbar unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/erwerbsbevoelkerung/auslaendische-arbeitskraefte.html>
22. FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (2021). *Arbeitsausbeutung migrantischer Frauen in der Schweiz*. Verfügbar unter: https://www.fiz-info.ch/images/content/Downloads_DE/Publikationen/Monitoring/IK_Vertiefungsbericht_Arbeitsausbeutung_FIZ_2021_d.pdf
23. JUSO Schwyz (2024). *Die SVP Schwyz und Rechtsextremismus*. Verfügbar unter:
<https://www.gegen-rechtsextremismus.ch/hintergrund>